

Mit **LINKS** regieren?



Wie **Rot-Rot-Grün** in Thüringen geht

Herausgegeben von
Susanne Hennig-Wellsow

Susanne Hennig-Wellsow (Hrsg.)
Mit LINKS regieren?

Susanne Hennig-Wellsow (Hrsg.)

Mit LINKS regieren?

Wie Rot-Rot-Grün in Thüringen geht

VSA: Verlag Hamburg

www.vsa-verlag.de

www.susannehennig.de

© VSA: Verlag 2015, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg

Alle Rechte vorbehalten

Titelfoto: Candy Welz, Weimar (E-Mail: can@candywelz.de)

Druck und Buchbindearbeiten: Beltz Bad Langensalza GmbH

ISBN 978-3-89965-672-5

Inhalt

Bodo Ramelow	
Es ist nicht egal, wer regiert	9
Eine Bilanz der ersten Monate von Rot-Rot-Grün in Thüringen	

REGIEREN IN THÜRINGEN

Susanne Hennig-Wellsow	
Mit LINKS regieren!	18
Warum es Zeit für Rot-Rot-Grün in Thüringen wurde, was die Koalition verändern kann und was regieren für DIE LINKE bedeutet	

Benjamin-Immanuel Hoff	
Rot-Rot-Grün: Erfolgreiches Experiment im Parteienlabor	45

Andreas Bausewein	
#r2g auf dem Weg zum Normalfall	59

Stephanie Erben	
Aus grüner Sicht	64
Eine Momentaufnahme zu Rot-Rot-Grün in Thüringen	

Sandro Witt	
Ein kurzer Blick zurück	67
Zum Verhältnis des DGB zu r2g in Thüringen	

DIE THÜRINGER LINKE

Dieter Hausold / Knut Korschewsky	
Der Thüringer Weg	76
1989/90 bis 2014: Von der Opposition in die Regierung	

Steffen Kachel	
Ein rot-roter Sonderweg?	84
Demokratisch-sozialistische Reformpolitik in den 1920er Jahren in Thüringen	

WIDERSTÄNDE, EXPERIMENTE, CHANCEN

Stefan Wogawa	
»Wir treiben diese Bande vor uns her«	94
Politische und mediale Angriffe auf r2g in Thüringen	

Paul Wellsow	
Rechte Mobilisierungen	104
AfD, CDU und NPD gegen Rot-Rot-Grün – auf der Straße und in den Parlamenten	

Volker Hinck / Robert Richter	
Gelungenes Experiment	113
Offene Büros der LINKEN führen zu gesellschaftlicher Verankerung	

Horst Kahrs	
Klassenspezifische Wahlenthaltung, politische Ohnmacht und die Chancen des Linksreformismus	122

TOLERIEREN, KOALIEREN, IGNORIERT WERDEN

Matthias Gärtner	
PDS toleriert Rot-Grün	134
Sachsen-Anhalt: Ein Rückblick auf acht Jahre (1995 bis 2002)	

Peter Ritter	
Warum? Für wen? Wohin?	140
Rot-Rot in Mecklenburg-Vorpommern 1998 bis 2006	

Carola Bluhm / Malte Krückels / Udo Wolf
Zehn Jahre Rot-Rot 148
Die Regierungsbeteiligung in Berlin von 2001 bis 2011

Thomas Falkner
Rot-Rot aktuell 158
Seit 2009 regieren SPD und DIE LINKE in Brandenburg

Janine Wissler
Warum Rot-Rot-Grün scheiterte 167
Die Ergebnisse der Landtagswahl 2013 in Hessen
und wie DIE LINKE über Regieren diskutieren sollte

ÜBER THÜRINGEN HINAUS

Katja Kipping / Bernd Riexinger
Mit LINKS regieren im Bund? 180
Ein kleiner Beitrag über ein großes Thema

Tom Strohschneider
Crossover in der fünften Phase 188
r2g? Kurze Geschichte einer schwierigen Annäherung –
und was der griechische Frühling 2015 damit zu tun hat

Gabi Zimmer
»Europa schaut nach Thüringen« 198
Ein Gespräch über Kooperationen und linkes Regieren

Autorinnen und Autoren 205

Bodo Ramelow

Es ist nicht egal, wer regiert

Eine Bilanz der ersten Monate von Rot-Rot-Grün
in Thüringen

Thüringen steht im Sommer 2015 so gut da wie nie seit der Wiedervereinigung. Die Arbeitslosigkeit ist mit 7% im Juni 2015 so niedrig wie nie – Tendenz weiter sinkend. Die Zahl der Erwerbstätigen bleibt trotz aller Bevölkerungsverluste seit der Jahrtausendwende weitgehend konstant bei rund 1,05 Millionen Menschen. Und immer mehr ThüringerInnen haben Arbeit im Freistaat. Die Zahl derer, die in die benachbarten Bundesländer pendeln müssen, sinkt. Trotz schwieriger Rahmenbedingungen wächst die Wirtschaft weiter. 2014 war die Wirtschaftsleistung so stark wie nie, 2015 wächst sie voraussichtlich um passable 1,5%. Thüringen hat im ersten Quartal des Jahres 2015 so viel wie nie seit 1991 exportiert – ein Plus von 7,5% zum ersten Quartal 2014. Auch hinsichtlich der Steuereinnahmen wird 2015 ein Rekordjahr für den Freistaat. Mein Fazit: Thüringen ist wirtschaftlich auf dem Erfolgspfad geblieben. Alle Untergangsszenarien, die mit der Wahl der neuen Landesregierung im Dezember 2014 vor allem von Seiten der CDU verbreitet wurden, haben sich als das erwiesen, was sie von Anfang an waren: haltlose Hysterie.

Im Wahlkampf haben wir versprochen, nicht alles anders, aber vieles besser zu machen. Und genau das haben wir im ersten halben Jahr unserer Regierung gemacht. Die neue Regierung aus den drei Parteien DIE LINKE, SPD und Bündnis90/Die Grünen hat dort Kontinuität gezeigt, wo das Land auf einem guten Weg war. Wir haben dort deutliche Akzente gesetzt, wo Rot-Rot-Grün (r2g) aus guten Gründen eine andere Politik versprochen hat. Seit dem 5. Dezember 2014 liefert die Regierung Ergebnisse: Der erste Haushalt von r2g für das Jahr 2015 steht, der noch von finanziellen Altlasten der CDU-geführten Vorgängerregierung geprägt ist. Derzeit bringen wir den Doppelhaushalt für die Jahre 2016 und 2017 auf den Weg. Beide Haushaltsentwürfe verwirklichen den finanzpolitischen Dreiklang, auf den sich r2g im Land geeinigt hat: Gestalten, Vorsorgen, Konsolidieren. Durch das schrittweise Auslaufen

des Landeserziehungsgelds, von der CDU einst als »Herdprämie« eingeführt, schaffen wir die Grundlage für ein beitragsfreies Kita-Jahr. Wir haben das Bildungsfreistellungsgesetz beschlossen und die versprochene Einstellung neuer LehrerInnen ist im ersten Halbjahr der Regierung sofort realisiert worden. Die vom Thüringer Verfassungsgericht geforderte Neuregelung der Zuschüsse für private und konfessionsgebundene Schulen wurde umgesetzt, die Absenkung des Wahlalters bei Kommunal- und Landtagswahlen auf 16 Jahre ist durch uns auf den Gesetzgebungsweg gebracht.

Im Bereich der Innenpolitik haben wir Meilensteine gesetzt: Wir haben als Erfahrung aus dem NSU und den zahlreichen Geheimdienst-Skandalen das Thüringer V-Leute-System beendet und dem Verfassungsschutz untersagt, an Schulen aufzutreten. Damit ist das Geheime im Geheimen noch nicht beendet. Aber wir haben einen Beitrag dazu geleistet, dass über das Geheime in den Geheimdiensten geredet und das Amt Stück für Stück an die kurze Leine gelegt wird. Um den NSU-Terror, der seine Wurzeln hier in Thüringen hatte,¹ weiter aufzuklären, haben wir in der neuen Legislaturperiode sofort mit einem zweiten Untersuchungsausschuss begonnen. Wir machen den 8. Mai als Tag der Befreiung zum gesetzlichen Gedenktag und haben zum 70. Jahrestag der Befreiung thüringenweit Beflaggung als Zeichen des Dankes an die Anti-Hitlerkoalition angeordnet. Die Reaktionen vor allem aus der CDU beweisen, dass man Geschichte immer wieder neu diskutieren muss.

Wir haben als Koalition den Stellenabbaupfad des Landes auf den Prüfstand gestellt – nicht quantitativ, sondern qualitativ unter der Frage: Was müssen wir verändern, um unsere Aufgaben weiter erfüllen zu können? Im Bereich der Energiepolitik setzt die Landesregierung klare Akzente für ein »Energierland Thüringen«. Wir wollen mit unseren Stärken punkten und setzen auf den Ausbau von Speicherkapazitäten und der Windenergie. Mein Fazit aus bald einem dreiviertel Jahr r2g in Thüringen: Die Landesregierung hat ein ansehnliches Arbeitspensum absol-

¹ Siehe hierzu Bodo Ramelow (Hrsg.): Made in Thüringen? Nazi-Terror und Verfassungsschutz-Skandal. Hamburg 2012, sowie Bodo Ramelow (Hrsg.): Schreddern, Spitzeln, Staatsversagen. Wie rechter Terror, Behördenkumpanei und Rassismus aus der Mitte zusammengehen. Hamburg 2013.

viert. In Thüringen wird nach Jahren des Stillstandes, des Streits und des schwarzen Filzes wieder regiert!

Thüringen ist das bunte Herz einer bunten Republik

Unsere Landesregierung hat bereits deutliche Akzente für eine andere politische Kultur gesetzt. Wir sind Vorreiterland beim Kampf für die Öffnung der Ehe für alle. Im Bundesrat haben wir einen entsprechenden Gesetzentwurf eingereicht und haben auch an den öffentlichen Gebäuden durch die Regenbogenflagge klar gemacht, wofür wir stehen: für Toleranz, Vielfalt und gleiche Rechte. Und im ZDF-Fernsehrat haben wir dafür gesorgt, dass zum ersten Mal in Deutschland jetzt die Organisation der Lesben und Schwulen selbst dort vertreten ist.

Thüringen ist heute auch Vorreiter einer humanitären Flüchtlingspolitik. Unser Motto »Aus Flüchtlingen NeubürgerInnen machen« wird schrittweise umgesetzt. Ein Winterabschiebestopp war der erste Beschluss des neuen Kabinetts im Dezember 2014. Diese Landesregierung hat seit ihrer Wahl nie einen Zweifel daran gelassen, dass ihr Eintreten für eine humanitäre Flüchtlingspolitik auch etwas mit Zivilcourage zu tun hat. Wir waren als Regierung – ebenso wie zuvor als Parteien in der Opposition – immer dort präsent, wo Neonazis und Rassisten mobil machen. Wir haben gemeinsam mit all den anderen in der Kälte und im Schnee gestanden, um Flagge für Weltoffenheit und Toleranz zu zeigen gegen die Aufmärsche von »Sügida«, »Pegida« oder »Thügida«, die gegen Flüchtlinge hetzten.

Thüringen war dann im April das einzige Bundesland, das Halbmast als Zeichen der Trauer für hunderte ertrunkene Flüchtlinge im Mittelmeer geflaggt hat. Ich bin froh, dass diese Landesregierung immer wieder sagt: Thüringen will Zuwanderungsland sein und muss Zuwanderungsland sein. Deswegen sind uns Flüchtlinge willkommen, ebenso viele Menschen, die noch nach Thüringen ziehen wollen. Der Ausbau der Erstaufnahmeeinrichtungen, der Winterabschiebestopp, ein Flüchtlingsgipfel, die Ernennung einer Beauftragten für Integration, Migration und Flüchtlinge sowie die Besetzung dieser Position mit einer ausgewiesenen Fachfrau oder die Unterstützung für jene, die praktische Flüchtlingshilfe organisieren, sind einige Beispiele dafür. Aber damit das gelingt, braucht es eine Landesregierung, die das Thema immer klar an-

spricht und nicht drumherum schwurbelt. Die Tatsache, dass die Mehrheit der ThüringerInnen in Umfragen eine humanitäre Flüchtlingspolitik für wichtig hält, gibt uns recht in unserem Handeln. Wir wissen, dass wir mit den Instrumenten, die wir selber gestalten können, die Ungerechtigkeit des Abschiebesystems und die bundespolitischen Vorgaben nicht beenden können. Dazu bräuchten wir eine viel breitere gesellschaftliche Mehrheit. Doch wir wollten einen Beitrag zur Diskussion leisten und einigen Menschen aus humanitären Gründen konkret helfen. Und genau deswegen stellen wir uns auch auf die Seite der Kirchengemeinden, die Kirchenasyl gewähren.

Ein neuer Politikstil

r2g hat einen neuen Politikstil in der Landespolitik etabliert: Ziele definieren, Lösungen diskutieren und dann gemeinsam entscheiden. Die Zeit der Bastas, wie sie unter der CDU in Thüringen üblich war, und der gegenseitigen Beleidigungen ist in der Landesregierung seit dem 5. Dezember 2014 vorbei. Wir sind mit dem Anspruch angetreten, auf Augenhöhe zu regieren, und das setzen wir um – nicht nur durch eine angemessene Repräsentanz aller Parteien in der Staatskanzlei, dem Maschinenraum der Landesregierung.

Entscheidend ist der neue Stil, den wir etabliert haben. Diese Regierung streitet nicht darum, wer am meisten bei dieser oder jener Maßnahme gewinnt oder verliert. Diese Regierung beleidigt sich auch nicht. Nein, hier regieren drei Parteien, die sich ihrer unterschiedlichen Herkunft im politischen Mitte-Links-Spektrum bewusst sind, die sie respektieren, und die über die beste Lösung für Probleme debattieren. Die Streits früherer Regierungen in der Staatskanzlei haben bei den Beteiligten tiefe Verletzungen hinterlassen. Die Debatten dieser Regierung machen die Beteiligten schlauer.

Wir wollen Veränderung gestalten

Es ist nicht die Frage, ob sich Thüringen verändert, sondern allein, ob die Politik den Willen hat, diese Veränderung zu gestalten. Wir haben diesen Willen. r2g hat im ersten Halbjahr einen guten Teil dessen angepackt, was man im Eiskunstlauf vielleicht als Pflicht bezeichnen würde. Die Tatsache, dass einiges gelungen ist, und dass Thüringen heute so

gut dasteht wie nie seit der Wiedervereinigung, darf aber nicht davon ablenken, dass diese Regierung in den kommenden Jahren große Herausforderungen bewältigen muss:

- Die Thüringer Verwaltungsstrukturen müssen auf zukunftsfähige Füße gestellt werden. Wir brauchen eine Verwaltungsreform, die tatsächlich Kommunen stärkt, die Verwaltung bürgernäher macht und zukunftsfähige Strukturen schafft. 25 Jahre sind seit der Neugründung Thüringens vergangen. Zeit, den Freistaat einer Bestandsanalyse zu unterziehen, nicht nur Reparaturen vorzunehmen, sondern über eine grundlegende Modernisierung nachzudenken. Unserer Überzeugung nach gibt es großen Handlungsbedarf bei den kommunalen Strukturen in Thüringen. Thüringen hat seit 1990 hunderttausende Menschen verloren und verliert weiter netto Menschen. Darauf muss Politik reagieren – aber nicht im Sinne von Alarmismus und Sparprogrammen. Nein, die eigentliche Frage lautet: Wie sieht eine Gebietsgliederung in Thüringen aus, die auch noch in zehn oder 15 Jahren handlungsfähige Verwaltungsstrukturen vorhält? Was muss geschehen, damit die Verwaltungsressourcen mehr in Bürgerkontakte und weniger in Selbstadministration fließen? Auf diese Fragen wollen wir als Regierung eine Antwort finden und im zweiten Halbjahr 2015 ein Leitbild auf den Weg bringen, das die Diskussion um eine Verwaltungs-, Funktional- und Gebietsreform beginnt. Um es klar zu sagen: Wir wollen diese Reform in der laufenden Legislaturperiode zu einem Abschluss bringen und werden alle Planungen darauf ausrichten. Wir haben also bereits in diesem Jahr einiges zu tun. Die drei Parteien unserer Regierung fordern seit Jahren tragfähige Lösungen, denen sich die CDU immer verweigert hat, um ihre Pfründe zu verteidigen.
- Die Thüringer Infrastruktur steht 25 Jahre nach der Wiedervereinigung am Beginn eines Erneuerungszyklus. Straßen, Brücken und Schulen müssen in den kommenden Jahren erneuert werden. Der Investitionsstau ist sichtbar. Um hier Abhilfe zu schaffen, brauchen wir den notwendigen finanziellen Handlungsspielraum. Die finanzielle Vorausschau gibt uns Anlass dazu, sehr genau über alle kommenden Schritte nachzudenken. Heute steht das Land finanziell auf soliden Füßen. Aber wir müssen mit hohen Einnahmerisiken durch

das Auslaufen des Solidarpakts, durch die demografische Entwicklung und nicht zuletzt durch konjunkturelle Schwankungen rechnen. Wir müssen eine Neuordnung der Bund-Länder-Finzen erreichen, die Thüringer Interessen berücksichtigt und uns nicht schlechter als vorher stellt. Hier geht es um nicht weniger als die Frage, ob Thüringen auch künftig noch finanzielle Spielräume zur Gestaltung von Politik hat. Wichtig ist, dass es uns gelingt, eine zukunftsfähige Verkehrsinfrastruktur für das ganze Land mit den notwendigen Investitionen zur Erleichterung von Ansiedlungen zu verbinden. Was nutzt uns das beste ICE-Kreuz in Erfurt, wenn niemand einen Grund hat, auszusteigen? Aber die Gründe werden mehr!

- Schließlich müssen wir darüber reden, wie wir die Energiewende zu einem Gewinnerthema für Thüringen werden lassen. Wir wollen mehr sein, als ein Energietransitland, sondern ein Energieland, das seinen Bedarf perspektivisch zu 100% aus erneuerbaren Energien deckt. DIE LINKE Thüringen hat dafür 2011 unter dem Titel »Energierévolution statt Grüner Kapitalismus« umfangreiche Überlegungen vorgelegt. Regional, dezentral, regenerativ und das in Bürgerhand, in Gemeindegand, mit Genossenschaften, mit Gemeindewerken – das ist unsere Linie, die im Koalitionsvertrag vereinbart wurde. Das ist unser Beitrag zum Ausstieg aus Atomtechnologie und nicht zum Einstieg in die Verkupferung der Bundesrepublik Deutschland durch immer weitere transnationale riesige Stromleitungen.

Regieren kein Selbstzweck

Regieren ist kein Selbstzweck und Sachzwänge sind kein Ersatz für Politik. Wenn wir gesellschaftliche Mehrheiten erringen und Veränderungen erreichen wollen, brauchen wir beides: gesellschaftliche Bewegung und parlamentarische Mehrheiten. Ob uns in Thüringen ein guter Beitrag zur Veränderung gelungen ist, werden wir erst am Ende der fünf Jahre unserer Regierungszeit beurteilen können.

Wir können aber schon jetzt sagen: Nicht Regieren ist auch kein Selbstzweck. Ich hoffe, Thüringen kann ein Vorbild sein, dass sich überall Menschen darauf konzentrieren, Gemeinsames auf einer politischen Plattform zusammenzusammeln und zu zeigen, dass man auch mit der Wahl ein Angebot zur Veränderung auf den Weg bringen kann.

Es ist eben nicht egal, ob wir in einem Bundesland regieren oder ob wir nicht regieren. Es ist entscheidend, ob wir unsere Möglichkeiten des Regierens immer wieder nutzen, und ob wir unsere Arbeit immer wieder damit verbinden, sichtbare Signale zu setzen. Es ist zum Beispiel der Thüringer Landesregierung nicht egal, wenn im Irak und in Syrien die Kurden und die Jesiden umgebracht werden. Dann sagen wir »Flüchtlinge willkommen!« Wir wollen, dass zu uns kommende Flüchtlinge NeubürgerInnen werden. Thüringen ist ein Zuwanderungsland. Deshalb ist die Schaffung einer Willkommenskultur für die zu uns Kommenden von zentraler Bedeutung. Wir haben einen Hilfstransport nach Kobane mit auf den Weg gebracht, und ich habe den Gesundheitsminister von Kobane in der Thüringer Staatskanzlei begrüßt. Wenn wir über solidarische Ökonomie reden wollen, wenn wir über die Rückeroberung des Öffentlichen reden wollen, wenn wir darum kämpfen wollen, dass jedes Kreis-krankenhaus auch Kreiskrankenhaus bleibt, wenn wir über Genossenschaften reden wollen, dann brauchen wir politische Diskussionen, die in der Bevölkerung breiter angelegt sind. Ich nenne das den Kampf um die Grundgewissheiten einer Gesellschaft.

Können wir uns noch darauf verlassen, dass das, was für alle da sein soll, auch für alle gewährt wird? Nein, wir können es schon seit vielen Jahrzehnten nicht mehr. Der neoliberale Umbau des gesamten Staates und der Gesellschaft hat uns dazu gebracht, dass immer mehr Gewissheiten gestrichen wurden. Deswegen müssen wir über Grundgewissheiten einer Gesellschaft reden – und es ist in einer solchen Diskussion eben auch wichtig, ob ein Ministerpräsident darüber redet oder dazu schweigt. Auch wenn wir viele Themen in Thüringen nicht selber reparieren können, so können wir doch einen gesellschaftlichen Diskurs auf die Tagesordnung setzen. Deswegen sage ich: Regieren ist kein Selbstzweck. Regieren muss Teil eines politischen Konzeptes sein, um die öffentlichen Güter wieder für die Menschen zurück zu erobern. Da wollen wir unseren Beitrag leisten.

Autorinnen und Autoren

Andreas Bausewein, Vorsitzender der SPD Thüringen und Oberbürgermeister der Stadt Erfurt.

Carola Bluhm, Mitglied des Abgeordnetenhauses von Berlin, 2009 bis 2011 Berliner Senatorin für Integration, Arbeit und Soziales.

Stephanie Erben, Landessprecherin von Bündnis90/Die Grünen Thüringen.

Dr. Thomas Falkner, Referent des Vorstandes der Fraktion DIE LINKE im Brandenburger Landtag.

Matthias Gärtner, Wissenschaftlicher Mitarbeiter der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag für Innenpolitik; von 1994 bis 2006 Mitglied des Landtages von Sachsen-Anhalt, innenpolitischer Sprecher der PDS-Fraktion und von 1998 bis 2002 stellvertretender Vorsitzender der Landtagsfraktion.

Dieter Hausold, Mitglied des Thüringer Landtages, von 1998 bis 2006 Vorsitzender der PDS Thüringen und von 2005 bis 2009 Vorsitzender der PDS-Fraktion im Thüringer Landtag.

Susanne Hennig-Wellsov, Vorsitzende DIE LINKE Thüringen und Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag.

Volker Hinck, Referent für politische Bildung im Landesverband DIE LINKE Thüringen, von 2009 bis 2015 Mitarbeiter im Offenen Jugend- und Wahlkreisbüro RedRoXX.

Prof. Dr. Benjamin Immanuel Hoff, Chef der Thüringer Staatskanzlei und Minister für Kultur-, Bundes- und Europaangelegenheiten, DIE LINKE, von 2006 bis 2011 Staatssekretär für Gesundheit, Umwelt und Verbraucherschutz im Berliner Senat, seit 2013 Fellow des Sussex Centre for the Study of Corruption.

Dr. Steffen Kachel, Wissenschaftlicher Mitarbeiter für Bildung, Jugend und Sport der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag und Vorsitzender des Stadtverbandes DIE LINKE Erfurt.

Horst Kahrs, Referent der Rosa-Luxemburg-Stiftung für die Themen »Das Öffentliche« sowie »Klassen- und Sozialstrukturanalyse«.

Katja Kipping, Mitglied des Bundestages, Bundesvorsitzende der Partei DIE LINKE.

- Knut Korschewsky*, Abgeordneter des Thüringer Landtages, von 2006 bis 2013 Landesvorsitzender der PDS/Linkspartei.PDS/DIE LINKE Thüringen.
- Malte Krückels*, Staatssekretär für Medien sowie Bevollmächtigter beim Bund des Freistaats Thüringen, DIE LINKE, 2009 bis 2011 Leiter des Büros von Bürgermeister Harald Wolf in der Berliner Senatskanzlei.
- Bodo Ramelow*, Ministerpräsident des Freistaates Thüringen, DIE LINKE.
- Robert Richter*, Geschäftsführer des Stadtjugendring Erfurt e.V., von 2008 bis 2012 Mitarbeiter im Offenen Jugend- und Wahlkreisbüro RedRoXX.
- Peter Ritter*, Parlamentarischer Geschäftsführer der Fraktion DIE LINKE im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern und Sprecher für Friedens- und Innenpolitik, Antifaschismus, Gender Mainstreaming, Gleichstellung und Datenschutz; von 2001 bis 2009 Landesvorsitzender der PDS/Linkspartei.PDS/DIE LINKE Mecklenburg-Vorpommern.
- Bernd Riexinger*, Bundesvorsitzender der Partei DIE LINKE.
- Tom Strohschneider*, Chefredakteur der sozialistischen Tageszeitung »neues deutschland«.
- Paul Wellsow*, Mitarbeiter für Grundsatzfragen und Koordinator der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag.
- Janine Wissler*, stellvertretende Bundesvorsitzende DIE LINKE und Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE im Hessischen Landtag.
- Sandro Witt*, stellvertretender Vorsitzender des DGB-Bezirks Hessen-Thüringen und Vorsitzender der Thüringer DGB Landesvertretung.
- Dr. Stefan Wogawa*, Pressesprecher der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag.
- Udo Wolf*, Fraktionsvorsitzender DIE LINKE im Abgeordnetenhaus von Berlin, von 1997 bis 2003 und von 2005 bis 2007 stellvertretender Landesvorsitzender der PDS/DIE LINKE Berlin.
- Gabi Zimmer*, Abgeordnete des Europaparlaments, DIE LINKE, Vorsitzende der Fraktion »Vereinte Europäische Linke/Nordische Grüne Linke«, von 1990 bis 1998 Vorsitzende der PDS in Thüringen, von 1999 bis 2000 Vorsitzende der PDS-Fraktion im Thüringer Landtag, von 2000 bis 2003 Bundesvorsitzende der PDS.